

Versailler Ketten um Danzig

Zum 13. Jahrestag der „Freien Stadt“ Danzig

Der Kampf um die Vormachtstellung

Am 28. Juni 1919 wurde der Friedensvertrag von Versailles unterzeichnet. Am 10. Januar 1920 trat er in Kraft. Damit hatte der Kampf zwischen den imperialistischen Räuber um die Neuauflistung der Welt im wesentlichen seinen vorläufigen Abschluß gefunden. Der Osten Deutschlands wurde zerrissen. Der größte Teil der Provinz Westpreußen fiel an das neugegründete kapitalistische Polen. Danzig mit 300 000 Einwohnern auf einer Fläche von 1850 Quadratkilometern wurde zum Freistaat erklärt.

Dieses Freistaatgebiet ist das Produkt des Gegensatzes England-Frankreich. Jahrzehnt lang hatten sich die Vertreter der polnischen Bourgeoisie um die Eingliederung von Westpreußen mit Danzig und Schlesien bemüht. In einer Denkschrift an den englischen Außenminister Balfour im Juli 1917 hatte Smoroski, der Führer der polnischen Nationaldemokraten, diese Forderung

aufgestellt, um dem ökonomischen Übergewicht und dem politischen Einfluß der deutschen Kapitalisten im Osten Europas einen Damm entgegenzusetzen. Der Erfolg dieser Absichten aber hätte die absolute Vorherrschaft Frankreichs in Europa bedeutet. Daran hatte der englische Kapitalismus kein Interesse. Die Konferenz der alliierten Premierminister von England, Frankreich, Italien am 3. Juni 1918 fügte im Beisein des amerikanischen Vertreters nur einen Beschuß mit der allgemeinen Wendung, daß Polen einen Zugang zum Meer erhalten sollte.

Das Ergebnis des Schachers war ein Kompromiß, niedergelegt in den Artikeln 100–108 des Friedensvertrages, in dem Danzig dem „Schutz des Völkerbundes“ unterstellt wird, Polen weitgehende Überlehnungen deutscher und preußischer Staats-eigentums und die außenpolitische Vertretung Danzigs zugesprochen erhält.

Die Abtretung sowohl Westpreußen als Danzigs von Deutschland zeigte die Verlogenheit der Phrase der Entente-Mächte vom „Selbstbestimmungsrecht der Völker“, für das angeblich die Soldaten der alliierten Mächte vier Jahre lang in den Tod gejagt wurden. Der deutsche Kapitalismus hatte sich mit den Feinden von gestern verständigt auf Kosten der deutschen Arbeiterklasse.

„Nationale“ Bourgeoisie jubelt über Losreißung von Deutschland

Der Deutschnationale Dr. Ziehm, der gegenwärtige Senatspräsident, erklärte in einem Ausruf Ende 1918, daß sich jeder auf den Boden der Tatsachen stellen und für das „Wohl des Volkganges“ mitarbeiten solle. Die demokratische Krieger spielt in Danzig nicht eine so ausslaggebende Rolle wie in Deutschland, da die Verfasser des Versailler Diktats und die polnische Bourgeoisie für Danzig eine besondere Illusion bereithielten. Es war das der Hinweis auf die übergroße Rolle Danzigs im Osten Europas im Mittelalter, und die Erinnerung an seinen damaligen Reichtum, beides bedingt durch die politische und wirtschaftliche Verbindung mit Polen. Der polnische Nationaldemokrat Tomaszki, die Deutschnationalen und die gesamte Presse der Danziger Bourgeoisie erzählten von den kommenden harten Zeiten. Im übrigen aber begann die Aera der Demokratie in Danzig mit der Diktatur.

Am 31. Januar 1920 lösten die Truppen des englischen Generals Haig die Kosaken in Danzig ab. Dem englischen General folgte am 13. Februar 1920 der erste Völkerbundskommissar, Sir Reginald Tower. Er hatte diktatorische Befugnisse und stützte sich auf die Bajonetten der Besatzungstruppen.

Da das neugebildete Danziger Gebiet noch keine Verfassung und keine Regierung besaß, so wurde als vorläufige Landesbehörde ein Staatsrat geschaffen. Friedlich saßen die Altdutschen und die Sozialdemokraten auf dem Boden der Tatsachen zusammen. Sie führen gehorsam die Verordnungen des Diktators aus und betrieben über die Verwirklichung seiner Befehle gegen Streiks und Demonstrationen der Arbeiterklasse. Dieser Staatsrat war die Verkörperung der Einheitsfront von den Unabhängigen über die

Mehrheitssozialisten bis zu den Deutschnationalen, ein Organ zur Erfüllung der Anordnungen des internationalen Finanzkapitals.

Zu einer Zeit, wo die Deutschnationalen wilde Opposition in Deutschland mitten, übten die Deutschnationalen Danzigs die Rolle der Vollzugsgewalt des internationalen Finanzkapitals aus. Und das auch nach der endgültigen Konstituierung der Freien Stadt Danzig, nach dem 15. November 1920. An diesem Tage nämlich trat die Konstitutionsurkunde in Kraft, und von da ab gab es auch juristisch eine „Freie Stadt Danzig“.

Verkauf Danziger Hoheitsrechte an Polen

Charakteristisch dafür ist das Warschauer Abkommen vom 24. 10. 21, in dem die Danziger Kapitalisten sich verpflichten, die Danziger Gesetze über Monopol- und indirekte Steuern den polnischen anzugeleichen (Artikel 107). Dem polnischen Kapitalismus wurde also das indirekte Mitbestimmungsrecht über die Danziger Steuergesetzgebung eingeräumt. Das Einverständnis gerade über diese Konkurrenzsteuern zeigt das innige Zusammenarbeiten der Ausbeuter beider Länder gegen ihre Werktagen. Das kommt auch in dem Abkommen über die Danziger Eisenbahner zum Ausdruck, worin festgelegt ist, daß diese nicht das Recht zum Streik haben sollen.

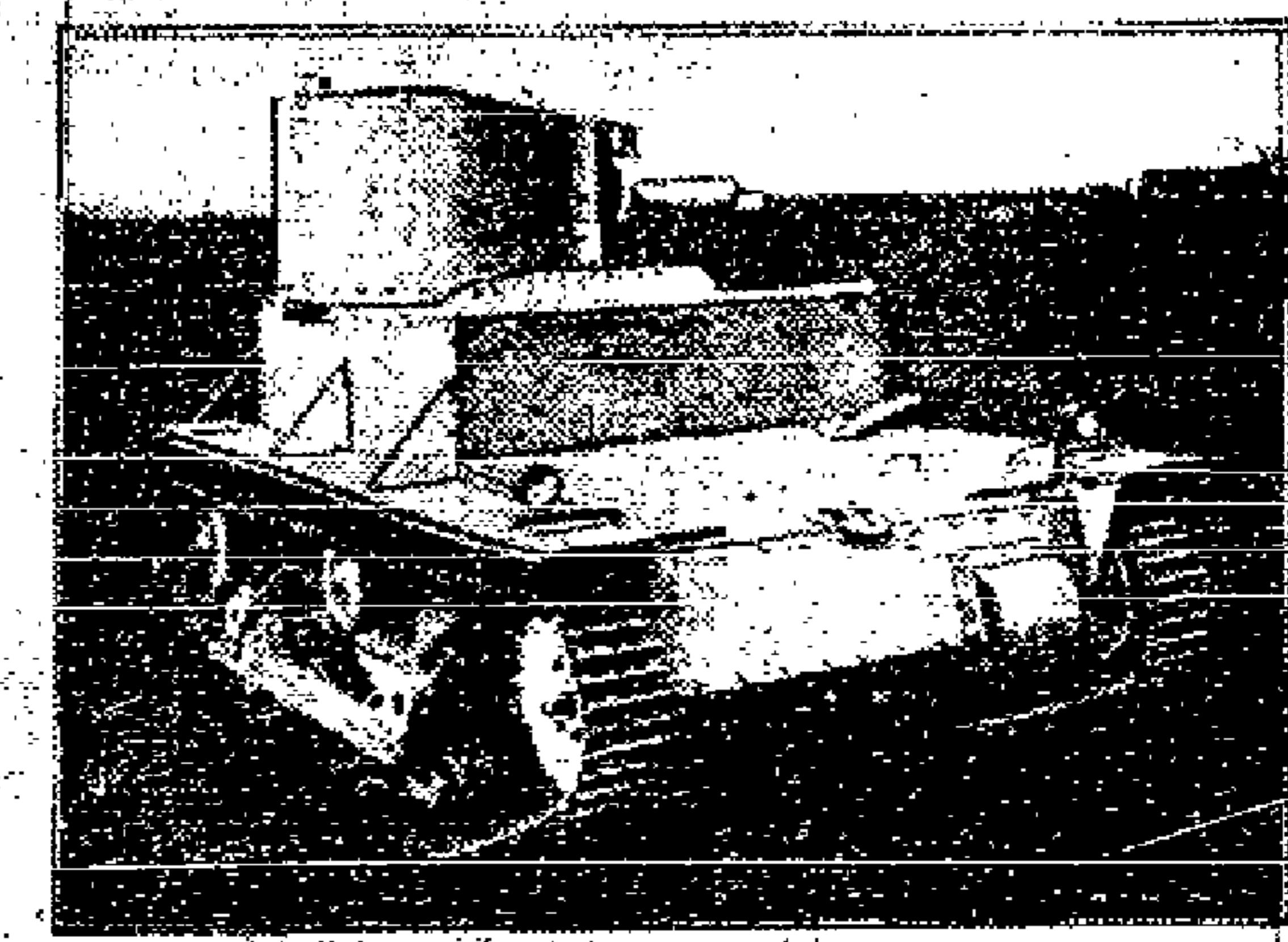
Im Währungsabkommen vom September 1923 verpflichtet sich die „nationale“ Regierung Danzigs sogar, daß die polnische Währung auf Danzig ausgedehnt werden müsse, wenn Polen es wünsche. Diese Frage stand bekanntlich im November 1922 auf

der Tagesordnung des Völkerbundes. Polen hat bisher, während der Zeit der relativen Stabilisierung es unterlassen, seine Hand nach der Danziger Währung auszustrecken. Jetzt versucht der polnische Faschismus durch den Griff nach der Danziger Währung Danzig ganz in seinen politischen Machtbereich zu ziehen, denn

2. Militär-Wochenblatt

UNABHÄNGIGEZEITSCHRIFT FÜR DIE DEUTSCHE WEHRMACHT

KRIEGSAUSRÜSTUNGEN ALLER ART



VICKERS-CARDEN-LOYD PATROUILLE-KAMPFWAGEN

Der weltberühmte Vickers-Carden-Loyd Panzerkraftwagen mit verstärktem Motorbetrieb und Panzerturm mit Richtfeld von 360°.

Allgemeine Angaben:	Bemerkung:
Bewaffnung	Vickers-M.G. mit 3500 Patronen.
Geschwindigkeit	48 km Std.
Steigung	25°
Drehkreis	4 m.
Höhe	1,65 m.
Breite	1,75 m.
Länge	2,59 m.
	= 2.000 kg.

VICKERS-ARMSTRONGS

VICKERS HOUSE, BROADWAY, LONDON, ENGLAND

Die englische Rüstungsfirma Vickers-Armstrong veröffentlicht in der letzten Zeit in regelmäßigen Abständen Inserate, wie das oben wiedergegebene, in dem deutschen „Militärwochenblatt“, das sich in seinem Untertitel „Zeitschrift für die deutsche Wehrmacht“ nennt. Es handelt sich nicht etwa um die berühmten Tankattrappen, sondern um sehr solide „Kriegsausrüstungen“, wie es in dem Inserat ausdrücklich heißt.

mit der Übernahme der polnischen Währung wäre eines der wichtigsten Hoheitsrechte Danzigs dahin. Darum griff Polen auf den Vertrag von 1923 zurück und auf die Pariser Konvention, in welcher sich die Deutschnationalen, das Zentrum und die Sozialdemokraten verpflichtet hatten, das Notenprivileg der Bank von Polen auf das Danziger Gebiet auszudehnen.

Die schmachvolle Rolle der Nazis und Deutschnationalen

Immer wieder hat die Danziger Bourgeoisie betont, daß sie auf dem Boden der Verträge steht und von dieser Basis aus den „Kampf“ gegen die polnischen Faschisten führe. Immer wieder haben auch die Deutschnationalen die Mittel für den Völkerbundsumsturz und die sich aus dem Vertrag von Versailles ergebenden Kosten bewilligt. Gerade in den letzten zwei Jahren war es der deutschnationale Senatspräsident Dr. Ziehm, der fast alle Danziger-polnischen Streitfragen vor den Völkerbund brachte. Die Deutschnationalen und das Zentrum haben in Danzig damit durchaus in einer Front mit der Sozialdemokratie bei den Werktagen die Illusionen zu erzeugen versucht, daß mit Hilfe des Völkerbundes die Lage Danzigs gebessert werden könnte.

Als es galt, für Polen ein Munitionsbedarf in Danzig zu bauen, für das Danzig übrigens die Hälfte der Milliardenosten zu tragen hatte, da rührten die nationalistischen Helden gegen Jam den Wunsch der polnischen Kapitalisten aus. Ihre Bereitswilligkeit zur Unterstützung der sozialrevolutionären Bourgeoisie jenseits der Grenze ging soweit, daß sie zu wiederholten Male protestarische polnische Flüchtlinge mit Gewalt oder unter brutaler Gewaltspiegung über die Grenze schleppen. Keine noch so lauten Phrasen werden verjüngt können, daß die Danziger Bourgeoisie sich zum Polizeiorgan des Pilsudski-Faschismus gemacht und Millionen aus den Danziger Werktagen herausgepreßt hat, um die Kriegsvorbereitungen zu führen.

Gemeinsamer Kampf des Danziger und polnischen Proletariats

„Es gibt keinen proletarischen Internationalismus“, behaupten die Nationalisten. Tatsendoch wird diese Lüge durch die Geschichte der Arbeiterbewegung widerlegt. Die Danziger Arbeiterklasse hat ihrerseits wiederholzt gezeigt, daß sie der Internationale des Finanzkapitals die revolutionäre Internationale des Proletariats entgegenstellt. Der Munitionsschreiterkrieg Januar 1918 in Danzig, noch mehr aber der Streik der Danziger Hafenarbeiter gegen die Munitionstransporte im Juli 1920, sind der leuchtende Ausdruck eines Klassebewußtseins, das der Bourgeoisie heute größere Sorgen macht denn je. Trotz ihrer verzweifelten Gegenmaßnahmen und der geistigen nationalen Hebe gewinnt der revolutionäre Internationalismus immer breitere Massen der Danziger Werktagen. Darum sind die Erklärungen der polnischen Kommunistischen Partei gegen die Übergriffe des polnischen Faschismus in Danzig hier mit stürmischer Begeisterung aufgenommen worden, ein Zeichen für das Fortschreiten des Verbrüderungsgedankens unter der Arbeiterschaft.

Gegen die Versklavung des Österreichischen Volkes!

Deklaration der Essener Konferenz über Österreich

Die Essener Konferenz der kommunistischen Parteien von Deutschland, Frankreich, England, Italien, Polen, Tschechoslowakei, Österreich, Belgien und Luxemburg hat zu der Lage Stellung genommen, die sich aus der Ratifizierung des Lausanner Abkommen für das österreichische Volk ergibt und erklärt dazu:

Die Schuldigen des Lausanner Sklavenpaktes

Schwer lastet das Joch der Verträge von Versailles und St. Germain auch über dem Volk von Österreich, dem durch diese Sklavenverträge das Recht auf Selbstbestimmung geraubt wurde. Durch den Lausanner Sklavenpakt wird dieser Raub des Selbstbestimmungsrechtes besiegt und insbesondere auf 20 Jahre das Recht auf Unabhängigkeit Österreichs ausdrücklich erobert, wobei den werktätigen Massen Österreichs noch neuerdings schwarzte Zeiträume zugunsten des internationalen Finanzkapitals auferlegt werden.

Die Schuldtragenden an dem Lausanner Sklavenpakt sind nicht nur die bürgerlichen Parteien in Österreich, die mit den imperialistischen Rädtern, vor allem dem französischen Imperialismus, offen kooperieren, nicht nur die bürgerlichen Parteien Deutschlands, vor allem die Nationalsozialisten, die die Papen-Regierung unterstützen, die Regierung, die dem Lausanner Sklavenpakt ihre Zustimmung gab, sondern auch die SPD und die II. Internationale. Während die SPD zum Schein gegen den Lausanner Sklavenpakt Stellung nimmt, in Wirklichkeit ihn aber ermöglicht, hat die französische Sozialdemokratie und die II. Internationale ihn offen mit alter Energie gefordert.

Diese Stellungnahme der französischen SP für den Lausanner Pakt, der die KPÖ aufs schärfste bekämpft, zeigt erneut die sozialdemokratischen Liebesdienste für den französischen Imperialismus und seine Expansion.

Für das uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht

Die Konferenz erklärt, daß die kommunistischen Parteien in allen Ländern, vor allem auch die kommunistischen Parteien

Frankreichs und der Tschechoslowakei, den Kampf der Arbeiterklasse Österreichs und der KPÖ gegen die Sklaverei des Systems von Versailles und St. Germain bis zu seiner Zerschlagung mit allen Kräften unterstützen. Die Kommunisten in allen Ländern kämpfen dafür, daß die imperialistischen Raub- und Tributverträge und der Sklavenpakt von Lausanne zerrissen und für null und nichtig erklärt werden.

Die Konferenz erklärt, daß die unterzeichneten Parteien insbesondere für das volle und uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht des österreichischen Volkes kämpfen, daß das Recht des freiwilligen Anschlusses an Deutschland einschließt.

Gegen die Unterdrückung des Südtiroler Volkes

Die Konferenz nimmt die Gelegenheit wahr, ihren stammenden Protest gegen die Unterdrückung des deutschen Volkes in Südtirol durch den italienischen Imperialismus und Faschismus zu erheben. Die Konferenz begrüßt den heldenhaften Kampf, den die Kommunistische Partei Italiens gegen die faschistische Diktatur, den italienischen Imperialismus und für das Selbstbestimmungsrecht der Völker, sowie gegen die Sklavenverträge von Versailles und St. Germain führt.

Die Konferenz brandmarkt neuerlich vor der ganzen werktätigen Öffentlichkeit die schändliche Politik der Nazis sowohl in Deutschland, als auch in Österreich gegen den Bevölkerungskampf der deutschen Bevölkerung Südtirols.

Die Konferenz begrüßt den Kampf des österreichischen Proletariats und der KPÖ gegen die nationale Unterdrückung in Österreich selbst, der die slowenische Minderheit in Kärtnerland in steigendem Maße ausgeübt ist, und für deren Selbstbestimmungsrecht, wie auch gegen die Bestrebungen der österreichischen Bourgeoisie zur Aufrüstung und Einführung der allgemeinen Wehrpflicht auch in Österreich, die die Bedeutung Österreichs in der Vorbereitung des imperialistischen Krieges erhellen.